

Befragung «Mobility of Migration Policies - Wie Politiker/innen über migrationspolitische Massnahmen in anderen Kantonen lernen»

Kurzbericht zuhanden der Kantonsparlamente, Februar 2022

Vorwort

Im Rahmen unseres Forschungsprojekts, das als Bestandteil des Nationalen Forschungsschwerpunkts «On the Move - Zwischen Migration und Mobilität» durch den Schweizerischen Nationalfonds unterstützt wird (Projektnummer: 182897), haben wir im Frühjahr 2021 eine online Befragung bei allen Kantonsparlamentarier/innen der Deutschschweiz und der Romandie durchgeführt.

Mit der Umfrage haben wir erhoben, wie Mitglieder der Kantonsparlamente sich zu migrationspolitischen Themen positionieren. Dabei lag ein Hauptaugenmerk auf der Frage, ob und wie sich Parlamentarier/innen über kantonale Grenzen hinweg zu politischen Massnahmen informieren und inwiefern dies ihr politisches Verhalten beeinflusst.

Wir freuen uns, Sie in diesem Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung zu informieren. Die erfolgreiche Durchführung des Projektes war nur dank der engagierten Unterstützung der kantonalen Parlamentsdienste und der Mitarbeit zahlreicher Kantonsparlamentarier/innen möglich. Für Ihren wertvollen Beitrag zur Studie möchten wir uns herzlich bedanken.



Prof. Dr. Joachim Blatter



Dr. des. Lea Portmann

Aufbau der Umfrage und Rücklauf

Im Rahmen der Studie haben wir die Mitglieder aller Kantonsparlamente der Deutschschweiz und der Romandie zur Teilnahme an der Befragung eingeladen. Insgesamt haben von den 2'504 eingeladenen Parlamentarier/innen 1'400 Personen an unserer Umfrage teilgenommen (Rücklaufquote 55,9%). Von den teilnehmenden Personen waren 871 männlich und 519 weiblich. Eine Mehrheit ist der mittleren Altersgruppe der 35 bis 54-jährigen (n=651) und den älteren Personen ab 55-jähriger (n=584) zuzuordnen. Jüngere Parlamentarier/innen machten, entsprechend ihrer geringeren Vertretung in den Parlamenten, unter den Teilnehmenden eine Minderheit aus (n=162).

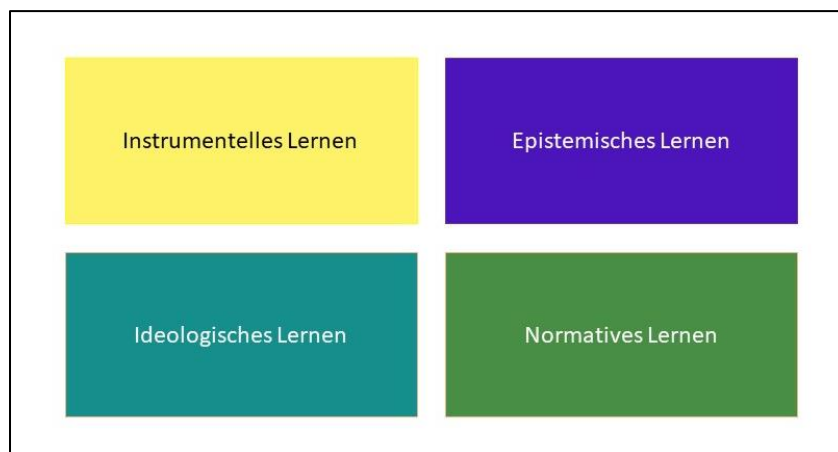
Die Befragung umfasste neben Fragen zur Person, der Parteizugehörigkeit, der politischen Erfahrung sowie den politischen Einstellungen ein eingebettetes wissenschaftliches Experiment. In diesem experimentellen Teil der Umfrage haben wir den Mitgliedern der Kantonsparlamente kurze Beschreibungen zu drei politischen Massnahmen im Bereich der Migration und Integration, die in einem anderen Kanton eingeführt wurden, zur Verfügung gestellt. Die Kantonsparlamentarier/innen haben von uns zufällig unterschiedliche Beschreibungen erhalten. Mit diesem Vorgehen verfolgten wir das Ziel, zu erfassen, inwiefern die Darstellung der politischen Massnahmen anderer Kantone, einen Einfluss auf die Einstellungen und das politische Verhalten der Kantonsparlamentarier/innen hat.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Befragung verfolgte insbesondere das Ziel, zu analysieren, wie und unter welchen Bedingungen Kantonsparlamentarier/innen Informationen zu politischen Massnahmen in anderen Kantonen aufnehmen und wie dies ihre Absicht beeinflusst, eine politische Veränderung herbeizuführen.

Dabei liegt der Studie ein **theoretisches Modell** zugrunde, das wir im Rahmen des Projekts erarbeitet haben. Wir gehen von vier Formen aus, die idealtypisch darstellen, wie Politiker/innen über politische Massnahmen in anderen Kantonen lernen. Die Lernformen basieren jeweils auf einer spezifischen Annahme darüber, welche Akteure und Argumente am zielführendsten sind (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Formen des Lernens gemäss dem theoretischen Modell



Instrumentelles Lernen meint, dass Politiker/innen primär Informationen zur Effizienz politischer Massnahmen aufnehmen, wobei ökonomische Argumente eine zentrale Rolle spielen, insbesondere wenn Sie von Akteuren stammen, die vergleichbaren Herausforderungen gegenüberstehen wie die Politiker/innen selbst. Beim **ideologischen Lernen** stellen ähnliche Akteure Informationen zur Verfügung, informieren die Politiker/innen jedoch insbesondere darüber, ob die Massnahme aus einer ideologischen Warte adäquat ist. Der Form des **epistemischen Lernens** weisen wir Politiker/innen zu, die ebenfalls effiziente Massnahmen anstreben, hingegen primär Informationen von Expert/innen (und weniger von Akteuren mit ähnlichen Herausforderungen) aufnehmen. Obwohl Expert/innen auch beim **normativen Lernen** im Zentrum stehen, informieren diese die Politiker/innen bei dieser Lernform in erster Linie über normative und ethische Aspekte der Massnahmen.

Um die Verbreitung dieser theoretischen Formen des Lernens in der politischen Praxis zu untersuchen, haben wir im Rahmen der Studie drei politische Massnahmen betrachtet: Instrumente zur Integration von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt, die Einschränkung der Administrativhaft und erleichterte Einbürgerungspolitiken. Insbesondere haben wir erhoben, ob die Parlamentsmitglieder weitere Informationen zu diesen Massnahmen in anderen Kantonen wünschen und wie hoch ihre Bereitschaft ist, sich politisch für deren Einführung einzusetzen.

Beschreibend lässt sich festhalten, dass mehr als die Hälfte der Befragten (52%) **weitere Informationen** zu den Massnahmen zur Integration von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt anforderten, während die Nachfrage nach Informationen zu den anderen beiden Massnahmen etwas tiefer, bei rund 40 Prozent (Administrativhaft 42%, Einbürgerungspolitiken 41%), lag. Die Bereitschaft der Parlamentarier/innen eine **Information an die zuständige Kommission** weiterzuleiten variierte zwischen 3.3 (Administrativhaft) und 4.6 (Integration von Asylsuchenden), gemessen auf einer Skala von 0 bis 10. Etwas wahrscheinlicher war es, dass sie eine Information in die **Fraktionssitzung einbringen** oder ein anderes **Parlamentsmitglied informieren** (die durchschnittliche Bereitschaft lag je nach Massnahme bei beiden zwischen 3.8 und 5.3). Hingegen zeigten nur wenige der befragten Parlamentarier/innen eine Absicht, einen **parlamentarischen Vorstoss** einzureichen (Bereitschaft zwischen 2.8 und 4.0).

Wie verbreitet sind die vier Formen des Lernens gemäss unserer Analyse?

Ein zentraler Befund unserer Studie ist, dass Expert/innen (Wissenschaftler/innen) wenig Wirkung erzielten, Politiker/innen dazu zu bewegen, Informationen zu den Massnahmen in anderen Kantonen nachzufragen oder sich für deren Einführung im eigenen Kanton einzusetzen. Dieses Resultat lässt sich unabhängig von der Argumentationsweise, der sich die Experten/-innen bedienen, beobachten. Weder durch eine ökonomische noch über eine moralische, menschenrechts-bezogene Perspektive konnten sie ihren Einfluss erhöhen. Insgesamt deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass die Formen des epistemischen und

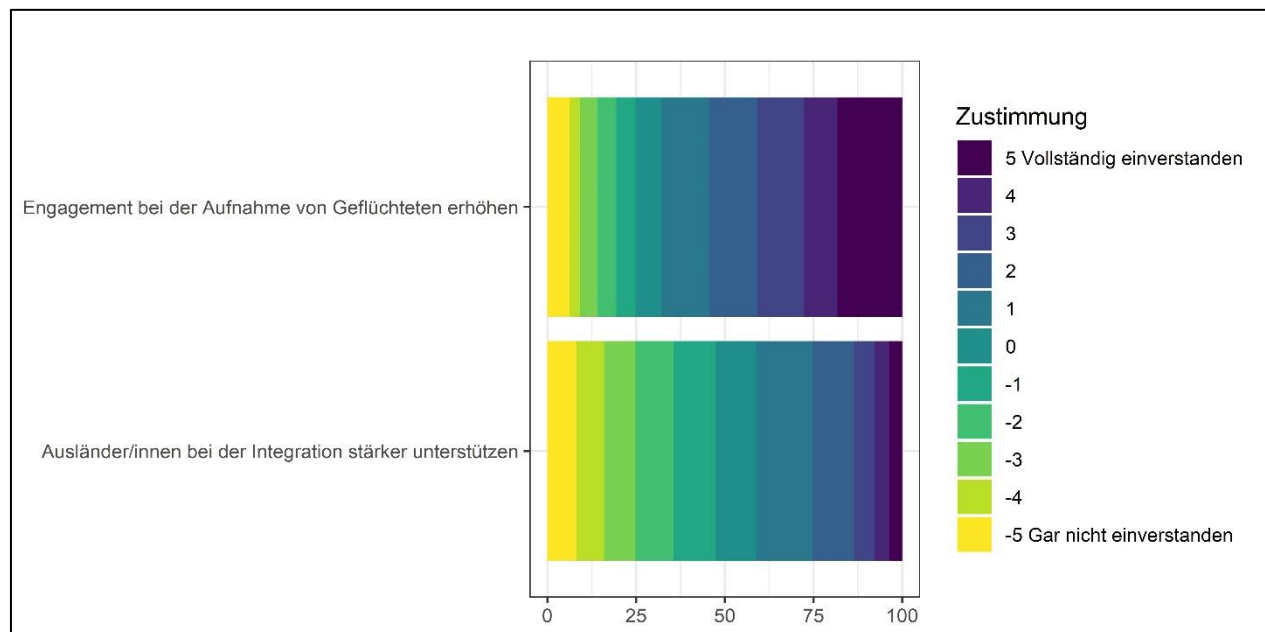
normativen Lernens, zumindest bezüglich der Berücksichtigung von Politiken in anderen Kantonen, wenig verbreitet sind.

Hingegen stieg die Bereitschaft bei den befragten Parlamentarier/innen, sich für die politischen Massnahmen einzusetzen, wenn Akteure mit ähnlichen Einstellungen (Politiker/innen, die derselben Partei angehören wie das befragte Parlamentsmitglied), Argumente für die Massnahmen vorbrachten. Insbesondere war die Wirkung der Parteikolleg/innen hoch, wenn sie normative Argumente (mit Bezug auf die Menschenrechte) anführten, was auf ideologisches Lernen hindeutet. Dieses Ergebnis ist aus wissenschaftlicher Sicht relevant, weil die Form des ideologischen Lernens über politische Grenzen hinweg in der Forschung zur Politikanalyse weitgehend unbeachtet blieb. Darüber hinaus hoffen wir, dass diese Befunde der Studie auch von praktisch-politischer Relevanz sind, indem sie Einblicke in die Meinungsbildung und Politikausgestaltung im Bereich der Migration und Integration bieten.

Weitere Einblicke in die Einstellungen der Parlamentarier/innen zu migrationspolitischen Massnahmen lassen sich aus dem ersten Teil der Umfrage gewinnen, in welchem wir die Parlamentsmitglieder, neben Fragen zur Person, nach ihren Einstellungen im Bereich der Migration gefragt haben.

Eine Auswertungen dieser Fragen zeigt, dass eine Mehrheit der befragten Parlamentarier/innen (68%) zustimmten, dass der jeweilige Kanton sein **Engagement bei der Aufnahme von Geflüchteten** erhöhen soll, 7 Prozent waren weder für ein erhöhtes Engagement noch dagegen, während sich ungefähr ein Viertel der Befragten dagegen oder eher dagegen positionierten. Die Aussage, dass der Kanton **Ausländer/innen bei der Integration stärker unterstützen** soll, hat etwas weniger Zustimmung erfahren: rund 41 Prozent der Befragten waren damit eher oder vollständig einverstanden, ungefähr 12 Prozent gaben an weder einverstanden noch dagegen zu sein und fast die Hälfte (47%) positionierte sich dagegen (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Einstellungen zu migrationspolitischen Fragen



Legende: Die Auswertungen basieren auf folgenden Fragen: «Soll der Kanton Ausländer:innen bei der Integration stärker unterstützen?»; «Soll der Kanton sein Engagement bei der Aufnahme von Geflüchteten erhöhen (zum Beispiel durch die Aufnahme von Geflüchteten aus Lagern in Griechenland)?». Interpretation: Zustimmung bei Werten von 1 bis 5; neutrale Positionierung bei Wert 0; Ablehnung bei Werten von -1 bis -5. Stichprobengrösse: 1'400 Politiker/innen.

Weiteres Vorgehen

Das Ziel dieses Kurzberichts war, Ihnen erste Befunde unserer Studie zugänglich zu machen, die wir nur Dank Ihres unverzichtbaren Beitrags durchführen konnten. Die Ergebnisse des Forschungsprojekts vermitteln wir demnächst über Publikationen in wissenschaftlichen Zeitschriften einem akademischen Publikum, aber auch durch Blogbeiträge und ähnliche Formate einer breiteren Leserschaft.

Die Publikationen veröffentlichen wir laufend auf unserer Internetseite, wo Sie auch weitere Informationen zum Projekt finden:

<https://www.unilu.ch/fakultaeten/ksf/institute/politikwissenschaftliches-seminar/forschung/the-mobility-of-migration-policies/#section=c123638>.

Gerne stehen wir Ihnen für Fragen oder Rückmeldungen zum Projekt zur Verfügung.

Kontakt

Universität Luzern
Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Politikwissenschaftliches Seminar
Frohburgstrasse 3
6002 Luzern

Dr. des. Lea Portmann
lea.portmann@unilu.ch